d'meenung vum mouvement écologique

Koalitionsabkommen und Ressortverteilung aus umweltpolitischer Sicht

Eine erste Stellungnahme des Mouvement Ecologique

September 1999

MOUVEMENT ECOLOGIQUE

62

Koalitionsabkommen und Ressortverteilung aus umweltpolitischer Sicht

Eine erste Stellungnahme des Mouvement Ecologique

Staatsminister J.-Cl. Juncker hat in der Abgeordnetenkammer bei der Vorstellung der Regierungserklärung mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, das Leitmotiv der jetzigen Regierung sei das Prinzip der Nachhaltigkeit.

Diese grundsätzliche Bejahung des Prinzips der Nachhaltigkeit kann vom Mouvement Ecologique als Umweltschutzgewerkschaft nur begrüßt werden.

Die Glaubwürdigkeit dieser Aussage hängt jedoch davon ab, in wiefern die Regierung ihren eigenen hehren Ansprüchen im Koalitionsabkommen gerecht wird: ob das Prinzip und Leitmotiv der Nachhaltigkeit, sich dort tatsächlich im konkreten widerspiegelt oder nicht.

Man kommt aus umweltpolitischer Sicht nicht umhin, eine gewisse Schizophrenie im Koalitionsabkommen der neuen CSV-DP-Regierung feststellen zu müssen:

Einerseits werden tatsächlich eine Reihe entsprechender positiver Initiativen angekündigt - gleichzeitig erfolgt jedoch de facto eine in Fragestellung gerade des Ministeriums, sprich des Umweltministeriums, das federführend die Politik der Nachhaltigkeit auf Regierungsebene koordinieren und sicherstellen sollte.

Zusätzlich enthält das Koalitionsabkommen eine ganze Reihe von konkreten Projekten, die der Idee der Nachhaltigkeit diametral gegenüberstehen bzw. wurde (zumindest in der Regierungserklärung selbst) die Chance verpaßt, entscheidende ökologische Weichenstellungen in Kernbereichen einer nachhaltigen Politik zu setzen, z.B. der Transport- und Energiepolitik. Aufgrund der neuen Ressortverteilung bzw. diverser Aussagen der Regierungserklärung stellt sich sogar die Frage, ob nicht gar das Rad zu einer Politik der sechziger und siebziger Jahre zurückgedreht werden soll.

Die kommenden Monate werden zeigen, welche Tendenzen und Grundsatzüberzeugungen sich in der Regierung durchsetzen werden: denn beides - ein Mehr an Nachhaltigkeit *und* eine Infragestellung ökologischer Errungenschaften der letzten Legislaturperioden - schließen sich aus.

Der Mouvement Ecologique möchte die vorliegende Regierungserklärung - und die wesentlichsten Aspekte aus seiner Sicht als Umweltgewerkschaft - in 7 Punkten zusammenfassen.

1. Statt einer Entmündigung des Umweltministeriums :

Nachhaltigkeit braucht kohärente und schlagkräftige Strukturen

Die Regierung hat neue Ressortverteilungen zwischen verschiedenen Ministerien in die Wege geleitet, die in wesentlichen Punkten aus umweltpolitischer Sicht als nicht kohärent, ja als absolut widersinnig und inakzeptabel zu bezeichnen sind.

Als Mouvement Ecologique möchten wir mit Nachdruck vor den konkreten Folgen verschiedener Umverteilungen warnen und auf die Notwendigkeit eines Überdenkens dieser Entscheidungen hinweisen.

- Umweltministerium in wesentlichen Kernfunktionen in Frage gestellt

*** Auslagerung des Wasserwirtschaftsamtes ins Innenministerium: eine politische Fehlentscheidung**

Ein großer Konsens bestand vor den Wahlen in bezug auf die Schaffung einer einheitlichen Verwaltung im Wasserbereich, dies im Rahmen eines Wasserwirtschaftsamtes. Es wurde - nicht nur nach Ansicht der Umweltschutzorganisationen, sondern laut Aussagen fast aller Betroffenen - als eine Selbstverständlichkeit angesehen, daß dieses Amt unter die Kompetenz des Umweltministeriums fallen sollte. Gehören doch die Aspekte Boden, Luft, Wasser sowie die natürliche Umwelt in ihrer Gesamtheit zu den Grundbereichen einer kohärenten und zielgerichteten Umweltpolitik.

Die Umweltschutzorganisationen hatten deshalb den Vorschlag der Schaffung einer gemeinsamen Natur- und Umweltschutzverwaltung gemacht. Dies würde in der Tat Sinn machen, da nunmehr eine kohärente, transparente, kompetente und schlagfertige Struktur entstehen würde.

So richtig die Schaffung eines Wasserwirtschaftamtes auch ist, so unlogisch und unkohärent ist jedoch nun die von der Regierung geplante Auslagerung der Kompetenzen im Wasserwirtschaftsbereich aus dem Umweltministerium. **Diese Entscheidung hat nichts mit sachpolitischen Argumenten zu tun.** Die Akzeptanz für die tatsächliche Schaffung eines Wasserwirtschaftsamtes wird dadurch nicht erhöht, im Gegenteil.

Über die politisch nicht tragbare Schwächung des Umweltministeriums hinaus, riskiert diese Tatsache negative Konsequenzen für den Wasserschutz in Luxemburg zu haben. Es besteht in der Tat eine große Gefahr, daß zwar eine «gestion des affaires courantes» erfolgt, jedoch keine eigentlichen sachrelevanten, umweltpolitischen Ziele für den Gewässer- und Quellschutz bzw. für die Wasserwirtschaft formuliert und umgesetzt werden ...

*** Geplante Auslagerung der Zuständigkeit für Biodiversität in das Landwirtschaftsministerium - das Aufgeben einer eigenständigen Naturschutzpolitik des Umweltministeriums**

Von mindestens ebensolcher gravierender Bedeutung ist aber auch die Aushöhlung der Kompetenzen des Umweltministeriums im Naturschutzbereich.

Nach jahrelangen Diskussionen war zwischen Landwirtschafts- und Umweltministerium ein Konsens erzielt worden in bezug auf die Zuständigkeiten der Fördermaßnahmen des Naturschutzes u.a. im Land- und Forstwirtschaftsbereich.

Hier geht es in erster Linie um die Umsetzung der sogenannten EU-Habitat-Direktive, die das Rückgrat einer eigenständigen Naturschutzpolitik schlechthin darstellt. Der entsprechende Konsens wurde denn auch in einem großherzoglichen Reglement festgeschrieben, das zur Begutachtung an die EU-Kommission weitergeleitet wurde.

Die Regierungserklärung stellt nun dieses jahrelange Ringen um eine einvernehmliche Lösung dadurch in Frage, daß die gesamte Budgetkompetenz für diese Fördermaßnahmen - also einschließlich der naturschutzfachlichen (!!) - an das Landwirtschaftsministerium übertragen werden soll. Dies wurde (derzeit) auch im Budgetentwurf durch eine entsprechende Übertragung des gesamten Budgetpostens an letzteres Ministerium materialisiert.

Die beiliegende Übersicht zeigt auf (Anhang 1), daß derart der Großteil der Kompetenzen für Naturschutzmaßnahmen nunmehr im Kompetenzbereich des Landwirtschaftsministeriums liegen würde. Damit würde nicht nur eine weitere Kernfunktion des Umweltministeriums, sondern eine fachgerechte Umsetzung der Habitat-Direktive und eine offensive Naturschutzpolitik selbst in Frage gestellt.

- **Energiepolitik unter dem Primat der Wirtschaft?**

Als äußerst besorgniserregend ist die Zusammenlegung der Kompetenzen von Energie- und Wirtschaftsministerium anzusehen. Das Energieministerium soll in Zukunft nicht nur in Personalunion mit dem Wirtschaftsministerium geführt, sondern de facto in letzterem aufgelöst werden.

Die Tatsache, daß Energiepolitik in entscheidendem Maße umweltpolitische Belange prägt (z.B. im Klimaschutzbereich) hätte ja ebenso gut dazu führen können, daß zumindest eine Personalunion mit dem Umweltministerium erfolgt wäre! Daß dem nicht so ist, sondern eine Art Auflösung im Wirtschaftsministerium festgehalten wurde, wirft Fragen auf: Sollen in Zukunft rein ökonomische Kriterien die Energiepolitik bestimmen? Wird es überhaupt noch eine eigenständige Energiepolitik dieser Regierung im Sinne des Energiegesetzes geben?

Die detaillierte Durchsicht des großherzoglichen Reglementes, das die Aufgabengebiete der verschiedenen Ministerien festlegt, ergibt, daß parallel zum Energieministerium das Umweltministerium Initiativen zur Förderung alternativer Energien treffen könnte.

Nur: die großen Leitlinien, die Kernfragen der Energiepolitik werden nach wie vor im Wirtschaftsministerium entschieden, d.h. Fragen der Liberalisierung, Konzessionsvertrag Staat-Cegedel, Hochspannungspolitik, Gestaltung der Einspeisepreise für alternative Energien ... Hier werden de facto alle energiepolitischen Weichenstellungen festgelegt.

Wenn diese Kernfragen primär nach rein wirtschaftlichen und nicht ökologischen Prinzipien entschieden werden, kommt evtl. isolierten Maßnahmen des Umweltministeriums, so sinnvoll sie auch sein mögen, eher eine Alibi-Funktion zu!

Diese Sorge wird verstärkt durch die Tatsache, daß das Koalitionsabkommen im Kapitel «Energie» als unkonkret und unzufriedenstellend anzusehen ist (nicht einmal die Schaffung eines Energiefonds oder konkrete Instrumente zum Energieeinsparen werden genannt) - hingegegen gibt es eindeutigere Aussagen zur wirtschaftlichen Orientierung der Energiepolitik.

- **Eigenständige Landesplanungspolitik und Innenministerium**

Die Regierung hat sich zudem entschieden, das Landesplanungs- ins Innenministerium zu integrieren. Diese Vorgehensweise mag eine gewisse logische Kohärenz haben, da Landesplanungspolitik de facto die Gemeinden in großem Ausmaß betrifft. Die inhaltlichen Aussagen die diesbezüglich gemacht werden, sind im übrigen sehr begrüßenswert.

Die Integration ermöglicht u.a. Synergien zwischen der Siedlungspolitik auf kommunale Ebene (Gesetz von 1937) und auf regionaler / nationaler Ebene (Gesetz von 1974). Dies ergibt Sinn.

Es sei jedoch erlaubt trotzdem folgende Aspekte aufzuwerfen:

- Warum wurde nicht zumindest ein «Innen- und Landesplanungsministerium» geschaffen? Die Aufgabe der Landesplanung als eigenständiges Politikressort ist zumindest als befremdend zu bezeichnen. Vor allem, da in der vergangenen Legislaturperiode äußerst wertvolle Arbeit auf der Ebene der Landesplanung geleistet wurde, die nach einer entsprechenden Kontinuität verlangt.
- Landesplanungspolitik betrifft immer Gemeinden (wie fast alle Politikbereiche). Nur: eine kohärente Landesplanungspolitik kann und darf nicht nur unter dem Blickwinkel von einzelnen Gemeindeinteressen erfolgen, sondern sollte eine ressortübergreifende Planung sicherstellen und alle Politikbereiche berücksichtigen. Es ist zu hoffen, daß dies auch in der aktuellen Konstellation in aller Sachlichkeit, Objektivität und Distanz noch möglich sein wird.

- **Wurde die Ressortaufteilung bis zu Ende gedacht?**

Eine genaue Durchsicht der Ressortaufteilung bzw. des Koalitionsprogrammes läßt zudem so manchen Widerspruch erkennen. So kann man den Eindruck gewinnen, als ob nicht alle Ideen bis zum Schluß durchdacht wurden. Einige Beispiele:

Laut großherzoglichem Erlaß vom 11. August 1999 "*concernant la constitution des Ministères*" ist sowohl das Umwelt- wie auch das Energieministerium für alternative Energien zuständig. Unter dem Landwirtschaftsministerium steht als Aufgabengebiet *«sylviculture»* zu lesen, beim Umweltministerium aber weiterhin *«gestion durable des forêts»*. Oder aber beim Umweltministerium die *«coordination de la gestion et de la protection des ressources naturelles»*, beim Landwirschaftsministerium im Koalitionsabkommen jedoch die Naturschutz-Fördermaßnahmen im Landwirtschaftsbereich. Ebenso unkonsequent scheint zu sein, daß die Wasserkompetenzen ins Innenministerium verlagert werden sollen, gleichzeitig unter der Rubrik «Umweltministerium» noch zu lesen ist: *«Le Gouvernement continuera ses efforts de maintien et de renaturation des cours deau et des ruisseaux ainsi que la création systématique de zones de protection des eaux en collaboration avec le secteur agricole»*. Die Förderung der Altbausanierung scheint gar unter der Kompetenz von drei verschiedenen Ministerien (Umwelt-, Energie und Logement) erfolgen zu sollen ...

Der Mouvement **Ecologique** fordert die Regierung auf, die Ressortaufteilung im Wasserwirtschafts- und im Naturschutzbereich zu überdenken und dem Umweltministerium zu ermöglichen die ihm eigenen Kernaufgaben in einer Gesamtstrategie zu übernehmen.
Dies bedingt vor allem auf der Ebene der Biodiversität, daß im Rahmen der **«amendements budgétaires»** der entsprechende Budgetposten wieder dem Umweltministerium zugeordnet wird (eine Vorgehensweise, die übrigens konform zum großherzoglichen Erlaß betreffend die Kompetenzaufteilung wäre) und das Wasserwirtschaftsamt in das Umweltministerium integriert wird.

Desweitern muß sichergestellt werden, daß eine ökologische Orientierung der Energiepolitik gewahrt und weiterentwickelt wird.

2. Umweltpolitik und **Landesplanung:** Positive Projekte gemäß klaren Zielsetzungen umsetzen!

Der Mouvement Ecologique stellt mit Befriedigung fest, daß im Koalitionsabkommen eine ganze Reihe von positiven Elementen im Bereich der Umweltpolitik im engeren Sinne enthalten sind. Diese Aussage trifft ebenso für Elemente weiterer Politikbereiche, wie z.B. die Landwirtschaft, die Landesplanung, die Förderung des Mittelstandes, den Tourismus ... zu.

Hierbei handelt es z.T. um Vorschläge, die bereits unter der vergangenen Regierung festgehalten jedoch nicht umgesetzt wurden, aber auch um neue zukunftsweisende Projekte.

Hervorhebenswert sind z.B.

- die geplante Umsetzung des C02-Reduktionsplanes
- die beabsichtigte Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung
- die Aussage, die Regierung würde der Prävention ein größeres Gewicht beimessen als der Reparatur von Umweltschäden
- die Einführung eines Bodenschutzgesetzes
- die geplante Integration der Landschaftspläne in die Flächennutzungsplanung der Gemeinden
- die Umsetzung der Abfallwirtschaftspläne und einer Intensivierung der entsprechenden Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden und eine Überarbeitung der Strukturen im Abfallbereich
- die Ausweisung von Schutzzonen auf Landesebene («grands ensembles paysagers et forestiers»; «zones vertes interurbaines»)
- die geplante Schaffung einer Mobilitätszentrale
- Maßnahmen in bezug auf eine naturnahe Forstwirtschaft
- die geplante Förderung der Diversifizierung im landwirtschaftlichen Bereich, der Ausbau der Forschung

- die Ausweitung der Leader-Gebiete auf den gesamten ländlichen Raum
- die Erstellung von Regionalentwicklungskonzepten
- die beabsichtigte Einführung einer Spekulationssteuer
- der Ausbau der Unterstützung von Neugründungen von kleinen und mittleren Betrieben u.a.m.

Diese einzelnen Projekte sind grundsätzlich positiv. Der Mouvement Ecologique möchte jedoch erneut darauf verweisen, daß es von elementarer Bedeutung ist, diese isolierten Maßnahmen in ein kohärentes Ganzes einzubetten, mit klaren umweltpolitischen Zielsetzungen.

Nur so kann der Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung erfüllt - nur so kann der längst erforderliche Qualitätssprung im Umweltbereich sichergestellt werden. Dies setzt den politischen Willen zur Integration in die einzelnen sektoriellen Politikbereiche sowie eine partizipative Vorgehensweise mit allen Akteuren voraus.

Der Mouvement Ecologique drängt deshalb auf die Formulierung und Verabschiedung derartiger Zielvorstellungen (Nachhaltigkeitsplan, siehe Punkt 3) sowie der Wiederherstellung der politischen Rolle des Umweltministeriums (siehe Punkt 1).

Der Teufel wird im Detail bei der Umsetzung liegen: Wird z.B. der CO2-Reduktionsplan auch dazu führen, daß Umänderungen in der Transportpolitik stattfinden werden? Oder aber werden bei der Verfassungsreform einklagbare Rechte des Umweltschutzes verankert oder lediglich eine Leerformel?

3. Nachhaltigkeit - vom Schlagwort in der Regierungserklärung zur reellen politischen Willensbekundung?

Die Regierung stellte wie erwähnt das Koalitionsabkommen sehr gezielt - auch in den Medien - unter das Leitmotiv der Nachhaltigkeit. Zitiert sei hierzu der Staatsminister: *«Mir wellen dat de Primat vun der nohalteger Entwécklung iwwerall, nët nemme mee awer och an der Emweltpolitik sichtbar gët».*

Diesen Umstand gilt es aus ökologischer Sicht grundsätzlich positiv zu bewerten, ebenso wie die Tatsache, daß an mehreren Stellen der Regierungserklärung auf die Bedeutung der Nachhaltigkeit verwiesen wird.

Fakt ist jedoch, daß das einzige derzeit konkret vorliegende Regierungsdokument - das den Begriff der Nachhaltigkeit anhand von Indikatoren und konkreten Zielvorstellungen mit Leben füllt - von der Regierung (bewußt?) im Koalitionsabkommen nicht aufgegriffen wurde. Die Rede ist vom *« Plan national*

pour un développement durable » (April 1999), der unter Umweltminister A. Bodry erstellt und von der gesamten damaligen Regierung - sprich zumindest auch von einer der jetzigen Regierungsparteien - gutgeheißen wurde.

Dieses aus ökologischer Sicht äußert bedeutsame Dokument der vorherigen Legislaturperiode nun in der Regierungserklärung zu verschweigen, stellt nach Ansicht des Mouvement Ecologique weitaus mehr denn einen Schönheitsfehler dar.

War das Dokument in den Zielvorstellungen und den angeführten Instrumenten zu konkret bzw. wurde zu sehr ein Eingreifen in die einzelnen Politikressorts befürchtet (siehe beiliegenden Auszug)? Wird dieses Dokument gerade deshalb nicht erwähnt, da es über einzelne isolierte Projekte des Umweltministeriums - die ohne größere Relevanz für die sektoriellen Politikbereiche wären - hinausgeht und klare ökologische Ziele für die gesamte Regierungsarbeit definiert?

Immerhin wird der Begriff «Plan für eine nachhaltige Entwicklung» noch im Rahmen der Ressortaufteilung unter der Verantwortung des Umweltministeriums erwähnt.

Die neue Regierung wird deshalb nur dann glaubwürdig ihrem eigenen Leitmotiv der Nachhaltigkeit gerecht werden können, wenn der Begriff der Nachhaltigkeit keine Leerformel bleibt. Unerläßlich ist es hierbei quantifizierbare Ziele festzulegen. Es gilt den Begriff mit Inhalt zu füllen und umgehend eine Orientierungsdebatte über den nationalen Plan zur Nachhaltigkeit im Parlament zu führen (so wie im übrigen von der vergangenen Regierung festgehalten wurde) und alsdann die konkrete Umsetzung zu gewährleisten.

4. Klare politische Orientierungen statt «Sowohl als Auch» - Aussagen

Das Problem der fehlenden Konkretisierung des Begriffes der Nachhaltigkeit sowie der problematischen Ressortaufteilung wird - trotz der erwähnten eindeutig positiven Aspekten - dadurch verschärft, daß die Regierungserklärung durch eine Reihe von Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet wird.

Einige Beispiele, stellvertretend für andere:

- Zwar wird die Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung in den Vordergrund gestellt und die Umsetzung des C02-Planes angekündigt - parellel aber wird ein konsequenter weiterer Ausbau des Flughafens angekündigt bzw. der Bau einer dritten Spur auf Luxemburger Autobahnen ins Auge gefaßt.

- So wird die Förderung der Regionalentwicklung in den Vordergrund gestellt, elementare diesbezügliche Instrumente (wie *z.B.* der Regionalfonds) jedoch werden ausgeklammert. Oder aber es wird darauf verwiesen, daß durch die Aufhebung der Gewerbesteuer die Gemeinden wieder stärker selbst die Ansiedlung neuer Betriebe fördern könnten, wobei doch gerade in den vergangenen Jahren endlich eine konzertierte regionale Planung der Aktivitätszonen erreicht werden konnte.

Die Regierung wird in den nächsten Monaten nicht umhin kommen, hier eine deutlichere politische Ausrichtung erkennen zu lassen. Denn eine Politikform, die scheinbar allen Anforderungen gerecht zu werden wünscht, ist aus ökologischer Sicht unhaltbar. Politik heißt auch deutlich Interessen gegeneinander abzuwägen und Farbe zu bekennen.

So wird die Regierung z.B. eine deutliche Sprache im Bereich der Liberalisierung des Strommarktes sprechen müssen. Zitiert sei in diesem Zusammenhang die entsprechende Passage aus der Regierungserklärung: *«Dans la perspective de la libéralisation des marchés de l'électricité et du gaz naturel, le Gouvernement poursuivra l'objectifde création d'un cadre legal qui permette ä la fois l'établissement d'une concurrence ä conditions egales et équitables pour tous les Operateurs, la sauvegarde des missions de Service public y compris la promotion des énergies nouvelles et renouvelables, ainsi que la protection des consommateurs captifs.»*

Eine verstärkte Liberalisierung, die auch die Stadtwerke einschließt, ist sonder Zweifel wünschenswert. Eine blinde Öffnung des Marktes, die vermeintlich ökonomisch Sinn machen und z.B. auch den Import von Atomstrom mit Strom aus alternativen Energien gleichsetzen würde, wäre aus energiepolitischer Sicht als Rückschrittanzusehen.

Erst die konkrete Umsetzung von Projekten wird aufzeigen können, welche Orientierung die Umweltpolitik dieser Regierung einschlagen wird. Denn faktisch können eine Reihe von Aussagen der Regierungserklärung in der Praxis sowohl äußerst positiv aus ökologischer Sicht Auswirkungen haben oder aber mit erheblichen negativen Entwicklungen verbunden sein.

Der Mouvement Ecologique wird sich dafür einsetzen, daß das Umweltministerium mit deutlicher Stimme die Belange aus ökologischer Sicht vertreten und die Regierung klare politische Optionen im Sinne einer langfristig ökologisch orientierten Politik treffen wird.
Es geht darum, wie auch vom Staatsminister im Rahmen der Regierungserklärung angekündigt, eine stärkere Integration ökologischer Aspekte in alle Politikbereiche zu gewährleisten, dies unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit.

5. Eine eigenständige Luxemburger Umweltpolitik muß möglich bleiben - Luxemburg darf sich nicht hinter EU-Entscheidungsprozessen verstecken

Im Koalitionsabkommen wird hervorgehoben, daß sich die jetzige Regierung auf EU-Ebene für die bestmöglichen Umweltnormen einsetzen wird. Grundsätzlich ist diese Haltung begrüßenswert.

Eine Durchsicht des Regierungsprogrammes läßt jedoch die Befürchtung aufkommen, daß Luxemburg nicht nur positive Akzente auf EU-Ebene mitzutragen beabsichtigt, sondern EU-Argumente angeführt werden, um die Notwendigkeit bzw. die Möglichkeiten einer eigenständigen Umweltpolitik zu begrenzen.

Dies wird in mehreren Bereichen der Regierungserklärung ersichtlich, z.B. im Bereich der Luftreinhaltepolitik.

Besonders prägnant ist aber diese Haltung auf der Ebene der Oeko-Steuern Diskussion. Das Wuppertaler Institut für Klima, Energie und Umwelt hatte bekanntlich im Auftrag des Mouvement Ecologique eine Studie über die mögliche Einführung einer eigenständigen Energiesteuer für Luxemburg erstellt. Die Resultate dieser Studie wurden von allen politischen Akteuren positiv aufgenommen, da das vorgeschlagene Modell einerseits keine Gefährdung der Budget-Einnahmen sowie keine Mehrbelastung für Haushalte und Betriebe darstellen und zugleich die Chance bieten würde, neue Akzente auf sozialer und ökologischer Ebene zu setzen.

Vor allem auch Staatsminister J.Cl. Juncker zeigte großes Interesse an dem Dokument - die CSV hatte zudem in einer Umfrage, die der Mouvement Ecologique im Vorfeld der Nationalwahlen bei allen politischen Parteien durchgeführt hatte, angegeben, sie würde sich für die Einführung eines derartiges Modelles stark machen.

In der vorliegenden Regierungserklärung jedoch wird die Ökologisierung des Steuersystems im allgemeinen sowie die spezifische Einführung einer Energiesteuer als Initiative im Rahmen einer EU-Vorgehensweise angekündigt. Zitat aus der Regierungserklärung :

« En vue d"une reforme ecologique de notre Systeme fiscal, le Gouvernement entramera un premier pas en realisant une etude de faisabilite concernant une teile réorientation et en introduisant dans le cadre d"une réglementation communautaire une taxe énergétique... »

Der Mouvement Ecologique drängt mit Nachdruck darauf, daß Luxemburg eine gezielte eigenständige Umweltpolitik durchführt und sich nicht hinter vermeintlichen EU-Normen versteckt. Dies aus mehreren Gründen, u.a.:

- **als reich(ts)es Land der EU sind wir durchaus gehalten, eine gewisse Vorreiterrolle zu übernehmen;**
- **gewußt ist zudem, daß Umweltmaßnahmen häufig auch mit ökonomischen und sozialen Vorteilen verbunden sind und Länder die**

Entwicklungen vorwegnehmen oder vorantreiben helfen, oft die Gewinner sind.
Die Ökologisierung des Steuersystems und vor allem die Einführung einer Energiesteuer als Kernelemente einer nachhaltigen Politik sollten von der Regierung zumindest in einer erster Phase, unter Ausnutzung des vorhandenen politischen Spielraumes, auch im Alleingang in die Wege geleitet werden.

6. Energie- und Transportpolitik : gravierende Defizite in der Regierungserklärung

Während zumindest inhaltlich (wenn auch von nicht von der Ressortaufteilung ausgesehen), das Regierungsdokument u.a. in punkto Umwelt- und Landesplanungspolitik eine Reihe positiver Elemente enthält, muß leider festgestellt werden, daß eine derart positive Analyse nur sehr begrenzt auf die Bereiche Energie- und Transportpolitik übertragbar ist.

- Schizophrene Haltung in der Transportpolitik: Sowohl zukunftsweisende Projekte als auch Gefahr eines Rückschrittes in die Transportpolitik der 70ger Jahre

Etwas schizophren muten in der Tat die Aussagen der Regierungserklärung im Transportbereich an. Strategie der Regierung scheint de facto der weitere hemmungslose Ausbau des Individualverkehrs zu sein, wie Aussagen betreffend die dritte Spur der Autobahn Arlon-Düdelingen, die äußerst dezidiert geforderte generelle Liberalisierung des Flugverkehrs, die sehr explizit formulierte Vision von weiteren Umgehungsstraßen unmißverständlich aufzeigen.

Gleichzeitig aber soll der öffentliche Transport eine gewisse Förderung erhalten. Die Gründung einer Mobilitätszentrale, so wie sie übrigens vom Mouvement Ecologique vorgeschlagen wurde, ist in dieser Hinsicht zu begrüssen.

Die Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung bzw. zur Verlagerung des Individualverkehrs auf die öffentlichen Transportmittel sind jedoch weitaus weniger formal und detailliert dargelegt als jene betreffend den Ausbau des Individualverkehrs.

Diese Doppelstrategie ist erwiesenermaßen zum Scheitern verurteilt - eine kohärente Transportpolitik mit klaren Prioritäten drängt sich auf!

Zweideutig sind auch die Aussagen im Dossier BTB. Zwar wird auf den Ausgang von Studien verwiesen und die moderne Stadtbahn wird in der Regierungserklärung durchaus als Regierungsprojekt vorgestellt - gleichzeitig erfolgt aber eine Schwächung der BTB-Zelle, scheinbar wird für das kommende Jahr eine Mittelkürzung für die BTB-Arbeitsgruppen ins Auge gefaßt.

Der Mouvement Ecologique und zahlreiche engagierte Bürgerinnen (immerhin hat sich rezent immer noch eine erhebliche Majorität für den Bau der regionalen Stadtbahn ausgesprochen) werden die Regierung, ihre Glaubwürdigkeit und ihre verkehrspolitische und landesplanerische Sachkompetenz vor allem auch vor dem Hintergrund des BTB-Dossiers zu bewerten wissen.

Auf jeden Fall wird der Mouvement Ecologique sich, in Zusammenarbeit mit den Transportgewerkschaften und anderen Organisation, mit Konsequenz dagegen zur Wehr zu setzen, daß statt einem eigentlichen Qualitätssprung im Bereich der öffentlichen Transportmittel - sprich dem Bau einer modernen Stadtbahn und der Schaffung eines Verkehrsverbundes - isolierte punktuelle Maßnahmen getroffen werden, die zwar einzel gesehen positiv sind, dem öffentlichen Transport aber nicht zum Durchbruch verhelfen können. Hierzu gehört auch die Mobilitätszentrale, deren Gründung sinnvoll ist - jedoch nur in Ergänzung einer modernen Regionaltram, und nicht als deren Ersatz!

- Fehlende Visionen im Energiebereich

Die Aussagen in punkto Energiepolitik sind trotz einiger positiver Elemente enttäuschend. Im Ausland längst etablierte Instrumente wie diejenigen eines «Energiefonds» bzw. eines Stromspartrustes, die Festlegung klarer energiepolitischer Ziele,die Förderung des « Contracting »-Systems, die Schaffung einer transparenten Politik in Sachen «Hochspannungsleitungen» finden keine eigentliche Erwähnung.

Es ist zu hoffen, daß über die begrenzten Aussagen der Regierungserklärung hinaus hier eine innovative, zukunftsweisende, ökologische Energiepolitik möglich sein wird.

7. Zaghafte Schritte in Richtung eines Mehr an Demokratie

Mehr Demokratie und Partizipation der Bürgerinnen waren wesentliche Schlagworte der Regierungsparteien im Wahlkampf. Diesem Anspruch wird das vorliegende Koalitionsabkommen aus der Sicht des Mouvement Ecologique nur begrenzt gerecht.

So ist es zwar positiv, im Vorwort des Staatsministers zu lesen « *Mir wellen eng oppen a partizipativ Gesellschaft déi keen ausschléisst an an däer jiddfereen dee wellt soll matschwätzen a matdécidéiere kënnen*».

Was aber bedeutet eine derartige Aussage, wenn die Regierung nicht mit aller Konsequenz den Mut aufbringt, festgefahrene Wege zu überdenken und weitreichende neue strukturelle Rahmenbedingungen in diesem Sinn zu schaffen?

So kann festgestellt werden, daß wohl eine Reihe positiver Initiativen getroffen werden - vor allem die Schaffung regionaler Bürgerbüros, die geplante Förderung des freien Zugangs zu Informationen, die stärkere Einbindung des Parlamentes in EU-Entscheidungen, die Einführung eines Referendums (wobei vieles jedoch von den Rahmenbedingungen und besonders der Chancengleichheit in der öffentlichen Darstellung abhängen dürfte) ... zu erwähnen sind. Der Wert dieser Maßnahmen ist grundsätzlich gegeben.

Jedoch: es wäre erforderlich gewesen noch weitgehendere strukturelle Reformen herbeizuführen. Die Gefahr ist latent, daß Luxemburg weiterhin von einem Art Ständestaat, von untransparenten Entscheidungsprozessen, fehlenden Integrationsmöglichkeiten engagierter Bürgerinnen ... gekennzeichnet wird. Einige Beispiele:

- Der Staatsrat hat sich in der vergangenen Legislaturperiode als zweite Kammer in vielen Bereichen diskreditiert. Er wurde nicht nur von Umweltschutzorganisationen mehrfach in seiner Vorgehensweise in Frage gestellt. Eine Reform ist in einem demokratischen Rechtsstaat an der Schwelle des 21 Jahrhunderts längst überfällig. Diese Reform wurde nicht zurückbehalten.

- Ebenso gilt es die Funktionsweise der **Tripartite** in der derzeitigen Form kritisch zu hinterfragen. Ohne deren Bedeutung verkennen zu wollen, gilt es sicherzustellen, daß Diskussionen wieder verstärkt in der Öffentlichkeit geführt werden.

- Die politische Bildung in Luxemburg führt ein regelrechtes Nischendasein. Gesellschaftliches Engagement, partizipative Bürgerinnen ... erfordern jedoch eine derartige politische Bildung. Warum wird nicht die politische Bildung vor allem in den Schulen gefördert? Warum wurde nicht die Schaffung einer Volkshochschule in den Vordergrund gestellt?

- Seitens so mancher Nichtregierungsorganisation wird seit langem darauf verwiesen, daß die Einführung eines **«conge associatif»** elementar für die konkrete Arbeit von Nichtregierungsorganisationen sei. Nur durch eine gewisse, begrenzte und nach transparenten

Kritieren durchgeführte Freistellung von engagierten Bürgerinnen könne das Ehrenamt mittelfristig eine Chance haben. Dieser Umstand wird übrigens seitens der Regierung im Sportbereich scheinbar zumindest teilweise anerkannt, nicht aber auch der Ebene gesellschaftspolitischer Bewegungen. Warum nicht diesen Schritt wagen? Wobei in diesem Bereich aber positiv hervorgehoben werden muß, daß die Möglichkeiten der Nichtregierungsorganisationen im Umweltbereich durch die Schaffung eines Budgetpostens, das die 50%-Beteiligung der Regierung an ONG-Projekten vorsieht, eingeführt wurde.

- Als wenig zufriedenstellend ist die Tatsache anzusehen, daß kein Qualitätssprung in Sachen Freistellung der gewählten Gemeindevertreterinnen erfolgte. Zahlreiche Gemeindeverantwortliche, der Syvicol und auch der Mouvement Ecologique hatten im Vorfeld der Wahlen mehrfach auf die große Bedeutung der stärkeren Freistellung von Gemeindevertretern hingewiesen. Die anfallenden Arbeiten in einer Gemeinde können de facto - vor allem wenn in der Gemeinde eine demokratische Bewußtseinsbildung stattfinden soll - nicht mehr im vorgegebenen Zeitrahmen wahrgenommen werden. Statt diese Erhöhung einzugestehen, plant die Regierung nunmehr eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung ... Demokratische Entwicklungen und lebendige Gemeinden lassen sich jedoch nicht nur über das Geld in die Wege leiten ... Es gilt verstärkt in Menschen zu investieren.

- Luxemburg hinkt zudem was die rechtlichen Einklagemöglichkeiten der Bürgerinnen betrifft, u.a. hinter den Nachbarländern Frankreich und Belgien hinterher. Stellt sich die Frage, warum unter einer liberalen Regierung nicht auch in diesem Bereich eine deutliche Sprache gesprochen wird.

Eine Reihe von Akzenten der Regierungserklärung im Sinne eines Mehr an Demokratie sind als positiv zu bewerten. Wesentliche Aspekte wie die Reform des Staatsrates, ein Überdenken der Rolle der «Tripartite», die Förderung der politischen Bildung, die Schaffung einer Volkshochschule... wurden jedoch nicht berücksichtigt.

Der Mouvement Ecologique jedenfalls wird sich in den kommenden Jahren, in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, weiterhin mit aller Konsequenz für eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse, eine offene und partizipative Gesellschaft einsetzen und die Regierung auch an ihrem Demokratieverständnis messen.